



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Haager Str. 14, D-79539 Lörrach



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 STUTTGART
Telefon (0711) 2063-645
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Haager Str. 14
79539 Lörrach
Telefon (07621) 5839520
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: josef.frey2@gruene.landtag-bw.de

PRESSEMITTEILUNG

Lörrach, den 2. September 2014

Diskussion um den EuroAirport zeigt: Grenzüberschreitenden Zusammenarbeit stärkt bürgernahe Entscheidungen vor Ort

In der aktuellen Diskussion um die Besteuerung der Schweizer Unternehmen am Euroairport rücken gleich zwei Aspekte in den Brennpunkt, die symptomatisch für die Weiterentwicklung der Europäischen Union sind: Konkret steht hierbei erstens die Frage der Besteuerung bei grenzüberschreitend tätigen Wirtschaftsakteuren in Europa im Vordergrund. Zweitens lassen sich daran aber auch die Herausforderungen für grenzüberschreitende Projekte im europäischen Kontext im Allgemeinen ablesen.

Bei der Besteuerung sehen wir, wie viele Unternehmen die nationalen Regelungen zu ihren Gunsten und zu Lasten der Allgemeinheit ausnutzen: So werden Verluste oft in jenen Ländern geltend gemacht, wo es die höchsten staatlichen Ausgleichsmittel gibt, während die Gewinne dort angemeldet werden, wo die Steuern hierauf am niedrigsten sind. Durch solche Missverhältnisse und die nach wie vor spürbaren Auswirkungen der Schuldenkrise sieht sich der französische Staat nun offenbar gezwungen, mögliche Steuerschlupflöcher zu stopfen oder neue Einnahmequellen ausfindig zu machen. Solche neuen Gelder erhofft man sich nun in Paris am EuroAirport erschließen zu können.

Eine auf den ersten Blick durchaus verständliche Reaktion, die aber die Situation vor Ort nicht ausreichend berücksichtigt: Denn hier befürchtet man im trinationalen Dreiländereck, dass ein erfolgreiches gemeinsames Projekt wie der Euroairport durch das einseitige Eingreifen einer fernen Nationalregierung gefährdet werden könnte –sowohl wirtschaftlich sowie als Beispiel für gelungene grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Auf diese Weise wird auch die zweite, übergeordnete Problematik hinter dieser konkreten Steuerfrage ersichtlich: Denn das, was in Bern, Berlin und Paris oft als Rand- und Grenzregion der Nationalstaaten gesehen wird sind tatsächlich Kontaktpunkte und Laboratorien des zusammenwachsenden Europas: In Regionen wie dem Dreiländereck zeigt sich auch zuerst, wo nationale Wege und gemeinsame europäische Ziele nicht

mehr zusammen passen und wie diese Problematiken beseitigt werden können.

Eine gute Lösung für alle Beteiligten könnte in diesem konkreten Fall erreicht werden, wenn beide Punkte auf der jeweils richtigen Ebene angegangen würden: Auf der einen Seite müsste der französische Staat die politischen Gremien vor Ort stärker in seine Planung und Entscheidungsfindung für den EuroAirport einbeziehen - und hierbei auch den grenzüberschreitenden Gremien mehr Gewicht verleihen, so, wie wir das von GRÜNER Seite bereits im Januar 2014 in einer Resolution gefordert haben. Denn wo, wie im Dreiländereck, trinational gelebt wird, muss auch trinational entschieden werden, damit der Bürgerwille vor Ort auch entsprechend umgesetzt wird.

Ein negatives Gegenbeispiel kennen wir ja auch von Deutscher Seite beim Fluglärmstaatsvertrag, wo der damalige Verkehrsminister Ramsauer in Berlin zu wenig auf die Belange der Grenzanhänger und die trinationale Situation auf der deutschen Seite eingegangen ist. Natürlich behebt auch dieser alternative Weg für den politischen Prozess noch nicht die Notlage des französischen Haushaltes, aber auch hier wäre eine europäischere Perspektive, die bessere Lösung. Denn in der Europäischen Union müssten die Nationalstaaten ihre Wirtschafts- und Steuerpolitik endlich so harmonisieren, dass die Staaten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern überall das Gemeinwohl oberste Priorität hat. Bei einer solchen gemeinsamen Zielsetzung gilt es natürlich auch die Schweiz als nicht EU-Staat intensiv einzubeziehen, was aufgrund der vielen und tiefgreifenden bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und Europäischen Union auch in der derzeit angespannten Situation sicherlich möglich ist. Eine gemeinsame und grenzüberschreitende Herangehensweise führt aus meiner Erfahrung zu dem besten Ergebnis bei einem grenzüberschreitenden Projekt wie dem EuroAirport – einem Ergebnis, dass durch eine möglichst breit abgestimmte Beteiligung aller Betroffenen Konsenspartner machen kann.